

Haushaltsrede 2025 der UWG-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich auf den Haushalt 2025 zu sprechen komme, ein positiver Blick auf den laufenden Haushalt 2024. Er wird entgegen der Planung vermutlich ausgeglichen werden können, ohne dass wir auf die Reserven zurückgreifen müssen. Das wird uns in 2025 wohl kaum gelingen, planen wir doch mit einem Defizit von ca. 3,5 Mio. €, die aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden müssen.

Ich weiß, viele Kommunen beneiden uns um unsere finanziellen Rücklagen. Da jedoch auch für die kommenden Jahre ähnliche Defizite prognostiziert werden, müssen auch wir uns ernsthaft Sorgen machen. In diesem Zusammenhang sorgt uns besonders der Kreishaushalt, ist er doch Verursacher zumindest der Hälfte unseres Defizits. Für den Kreis, der quasi keine eigenen Steuereinnahmen hat, ist die Kreisumlage, die durch die Städte und Gemeinden entrichtet wird, die Haupteinnahmequelle. In der Planung sprach der Kreiskämmerer von einem Defizit von 30 Mio. €. Für die Haushalte nach 2025 brauchen auch wir in Schmallenberg ein Konzept, wie und wo wir einsparen können.

Wir machen zwar keine Bundespolitik, sind aber unmittelbar davon betroffen. In Berlin ist soeben eine Regierung vor Ablauf der Regierungszeit gescheitert. Ich versuche mal an vier Beispielen politische und gesellschaftliche Probleme zu beschreiben, die vermutlich um viele Aspekte erweitert werden könnten:

- 1) extrem finanziell belastende Vorgänge wie Corona-Pandemie und Ukrainekrieg werden so bagatellisiert, dass sie die einzelnen Bürger quasi nicht betreffen oder berühren – alles easy. Sondervermögen könnte man auch als Schattenhaushalte oder Schulden bezeichnen, macht man aber nicht. Laut Landkreistag schultern die Kommunen ein viertel der kommunalen Aufgaben, bekommen aber nur ein siebtel des öffentlichen Geldes. Der alte Spruch, „ wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“, wird immer mehr außer Kraft gesetzt
- 2) statt sich darauf zu konzentrieren, einen vernünftigen Rechtsrahmen für Unternehmen und Bürger zu schaffen, läuft mittlerweile fast jeder zweite Euro über die öffentliche Hand. Manche scheinen statt auf Marktwirtschaft auf Staatswirtschaft mit von Behörden zu verteilenden Geldern nach Gutsherrenart zu setzen
- 3) die Abschaffung der Schuldenbremse scheint jetzt das Allheilmittel zu sein. Als wäre nicht jahrelang Geld massiv einfach verbrannt worden und hätte man nicht z.B. die Ministerialbürokratie derartig aufgebläht, dass sie sich gern auch den ganzen Tag mit sich selbst beschäftigen kann. Die frühere Kanzlerin kann sich übrigens nicht erinnern, damit etwas zu tun zu haben
- 4) eigentlich ist die Berechnung von Rentenbeiträgen und Renten ein Fall für die Mathematik. Da aber die Alten, und da gehören hier im Hause viele, auch ich, dazu, immer mehr werden und die Jungen es sich anscheinend gefallen lassen, ist z.B. an eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters gar nicht zu denken. Statt dessen immer wieder emotionale Sprüche vom Geringschätzen von Lebensleistung. Auf einmal ist jeder der Dachdecker, der vor lauter Erschöpfung nicht mehr arbeiten kann. Überhaupt wird der Begriff „Arbeit“ viel zu häufig mit negativem Attributen besetzt.

Ich glaube, wenn sich Politiker auch mal hinstellen und zugeben, dass Probleme nicht mit immer neuem Geld, das ihnen ja auch gar nicht gehört, zu lösen sind, sondern dass die Bevölkerung auch Zumutungen ertragen muss, kann das den Zulauf zu Parteien bremsen, die es vermutlich nicht besser können und uns Angst bereiten, was sie aus diesem schönen Land vielleicht noch machen werden, wenn man sich ihnen nicht in den Weg stellt.

Nun zurück zur Politik hier vor Ort:

Mit Sorge sehen wir die geplante Investition in das Kultur- und Bildungszentrum. Wir investieren 10 Mio. ohne irgendeine Förderung von Land oder Bund. Umso wichtiger, dass wir diesen Kostenrahmen einhalten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Bau der Musikakademie in Bad Fredeburg, wo wir den Etat einhalten konnten. Das muss uns auch beim KuBiZ gelingen. Die Sorgen kommen vor allem aus zwei öffentliche Bauten, die im vergangenen Jahr viele, ungeplante Kosten verursacht haben:

1. das Schwimmbad in Bad Fredeburg hat nach ca. 25 Jahren Betrieb erhebliche erwartete aber leider auch unerwartete Mängel, die uns zu Mehrausgaben zwingen und die eine sehr lange Schließung verursachten. Dass vor allem die Schließung über viele Monate die finanzielle Situation der Sauerlandbad GmbH zusätzlich belastet, macht das ganze noch unangenehmer.
2. Den schlimmeren Part nimmt jedoch das Holzinformationszentrum ein. Dieses hochgelobte und einzigartige Gebäude, für das wir uns selbst gerne auf die Schulter geklopft haben, hatte nach knapp 30 Jahren so viele bauliche Mängel, dass wir zuletzt 3,5 Mio. € dafür aufwenden mussten. Leider konnten die dafür Verantwortlichen, die den Murks z.T. wesentlich verursacht haben, nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Nach so vielen Jahren ist das Utopie.

Bei allen öffentlichen Investitionen, die ja auch diese Jahr wieder groß sind, belasten uns ja dauerhaft auch die großen Abschreibungen. Da müssen wir leider konstatieren: auch wir können nicht alles, schon gar nicht gleichzeitig.

Wir von der UWG haben schon seit der Kernkraftwerkskatastrophe von Fukushima 2011 die Windkraft favorisiert und hätten uns auch nicht gescheut, mit städtischen Flächen zu operieren. Das hat uns teilweise harte Kritik eingebracht. Uns war es besonders wichtig, als Kommune die baurechtlichen Planungen federführend zu begleiten. Dabei musste jedem klar sein, dass das Thema um uns keinen Bogen machen würde. Somit war das sogenannte Moratorium von Seiten der CDU vor einigen Jahren nicht unbedingt hilfreich.

Was wir aber jetzt erleben, ist ein Desaster. Der von uns allgemein akzeptierte Regionalplan, der kommendes Frühjahr verabschiedet werden und Klarheit bzgl. der Vorranggebiete schaffen soll, wird vorab unterlaufen. So werden wir vermutlich auf dem Stadtgebiet viele, viele Windräder bekommen, die so im Regionalplan nicht stehen werden, weil vom Bund angefangen dem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet wird. Wo früher ein Haselmausbau zum sofortigen Baustopp geführt hätte, wird dieser Bau heute samt Haselmaus mit dem Bulldozer platt gemacht.

Vor diesem Hintergrund ist auch nicht einzusehen, dass wir in eine Energiegesellschaft eintreten, in der die RWE im Prinzip das Sagen hat und unserer Ansicht nach auch die Haupterträge abschöpft. Da muss man sich nicht auch noch vorhalten lassen, wir würden mit demjenigen Geschäfte machen, der uns die größten Probleme bereitet.

Zu unseren Anträgen:

- a) das Deutschlandticket steht allen Schülerinnen und Schülern zu. Wir sehen es nicht als Kriterium, dass aufgrund der Wohnortlage zur Schule das Deutschlandticket zugeteilt wird oder nicht
- b) der Antrag, Schrottimmobilien aufzukaufen, ist als Aufforderung an die Verwaltung zu verstehen, in diesen teils schwer zu durchschauenden Bereich einzutauchen und zu helfen, Dauerärgernisse zu beseitigen und zumindest kostendeckend neu an den Markt zu bringen. Benannt haben wir in diesem Zusammenhang die alte Schule in Altenilpe und das alte Caritasheim in Bad Fredeburg. Die von uns aufgerufene Summe von 300000 € ist lediglich eine Bindung von Liquidität, aber kein dauerhafter Kostenpunkt bzw. eine Dauerbelastung für unseren Haushalt
- c) Demokratiebildung ist uns wichtig. Wir möchten 2500 € jährlich zur Verfügung stellen, damit ausnehmend demokratiefördernde Jugendprojekte belohnt werden. Es ist wieder mal ein Versuch,

niedrigschwellig junge Leute für Politik zu interessieren.

Wo Kritik geübt wird, darf auch gelobt werden. Man kann auch von Erfolgen berichten:

- das Projekt „Meisenburg“ läuft wie geplant. Auch in Richtung Heiminghausen werden wir bald weitere Gewerbeflächen anbieten können
- die erfolgreiche Rezertifizierung bzgl. Badanerkennung Bad Fredeburg wird wohl Anfang 2025 bekanntgegeben
- die Umbenennung der mehrfach vorkommenden Straßennamen befindet sich in der Endphase, 25 Jahre Arbeit der UWG wurden belohnt
- Demonstrationen gegen Demokratiefeinde haben in Schmallebenberg ein großes Echo gefunden

Schlussendlich stehen wir wie immer vor herausfordernden Zeiten. Wirtschaftslage und Unsicherheit bzgl. der weiteren Entwicklungen in Bund und Ländern machen auch unsere Aufgabenerledigung nicht leichter. Ob in der Ukraine im Laufe des kommenden Jahres Frieden (wie auch immer geartet) einzieht oder ob in Syrien neue Kriegshandlungen beginnen, wird darüber mitentscheiden, wie groß die Anzahl der Flüchtlinge sein wird.

Machen wir mal in Optimismus: vielleicht wird alles doch nicht so schlimm, vielleicht entspannt sich doch die eine oder andere Situation. Machen wir das, was wir leisten können und lassen wir uns hier und da hoffentlich positiv überraschen.

Ihnen, Herr Bürgermeister und den Verwaltungsmitarbeiter vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.